



Bozen, 29.08.2017

Bearbeitet von:

Sigrun Falkensteiner  
Tel. 0471 417630  
sigrun.falkensteiner@schule.suedtirol.it

Birgit Schmid  
Tel. 0471 417534  
birgit.schmid@schule.suedtirol.it

An die Schulführungskräfte der  
Grundschulsprengel, Schulsprengel und  
Mittelschulen

An die Direktorinnen und Direktoren der  
gleichgestellten Grund- und Mittelschulen

## Mitteilung

### Neuerungen im Bereich der Bewertung der Schülerinnen und Schüler und der staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe laut Gv.D. Nr. 62/2017

Sehr geehrte Schulführungskräfte,

bekanntlich enthält das Gesetzesvertretende Dekret vom 13. April 2017, Nr. 62 („*Bestimmungen im Bereich der Bewertung und der Bescheinigungen der Kompetenzen in der Unterstufe und Staatsprüfungen gemäß Artikel 1 Absätze 180 und 181 Buchstabe i) des Gesetzes vom 13. Juli 2015, Nr. 107*“ – siehe Anlage), u.a. neue Bestimmungen zur Unterstufe in Zusammenhang mit der Bewertung der Schülerinnen und Schüler sowie mit der staatlichen Abschlussprüfung (vgl. hierzu Art. 1 bis 11 des Gv.D.). Diese Bestimmungen finden bereits ab dem Schuljahr 2017/2018 Anwendung.

In diesem Zusammenhang wird auf folgende wesentliche Neuerungen hingewiesen:

#### A) Bewertung der Schülerinnen und Schüler

- Die Schülerinnen und Schüler der Mittelschule werden – ähnlich wie es bereits die Regelung in der Grundschule vorsieht – in die nächste Klasse versetzt und zur staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe zugelassen, auch wenn sie nicht in allen Fächern positiv bewertet wurden [vgl. Art. 6 Absatz 1]. Falls bei den periodischen Bewertungen oder bei der Jahresbewertung Lücken in der Erreichung der Kompetenzziele festgestellt werden, ergreift die Schule im Rahmen ihrer didaktischen und organisatorischen Autonomie spezifische Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Leistungen [vgl. Art. 6 Absatz 3]. Im Falle von teilweiser oder fehlender Erreichung der Kompetenzziele in einem oder mehreren Fächern kann der Klassenrat (mit Mehrheitsbeschluss) auf der Basis einer angemessenen Begründung die Nichtversetzung in die nächste Klasse oder die Nichtzulassung zur staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe beschließen [vgl. Art. 6 Absatz 2]. Die bisher geltende Bestimmung laut Art. 2 Absatz 7 des DPR Nr. 122/2009, wonach die negative Bewertung durch den Klassenrat aufgehoben werden kann und ein entsprechender Hinweis im Bewertungsbogen/Zeugnis angefügt wird, wurde aufgehoben. Dies bedeutet, dass im Bewertungsbogen auch negative Noten angeführt werden können. Die Regelung zur Gültigkeit des Schuljahres (als Voraussetzung für die Versetzung in die nächste Klasse bzw. für die Zulassung zur staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe), wonach die Schülerinnen und Schüler an mindestens 75 Prozent der Unterrichts- und Erziehungstätigkeit laut persönlichem Jahresstundenplan



teilzunehmen haben, bleibt in der Mittelschule nach wie vor aufrecht [vgl. Art. 5 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 62/2017 sowie Art. 20 Absatz 1 des LG Nr. 5/2008].

- Die Bewertung des Verhaltens bezieht sich auf die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler im Bereich der Bürgerkompetenz („*cittadinanza*“); die Schüler- und Schülerinnencharta, allfällige Vereinbarungen mit den Erziehungsverantwortlichen und die interne Schulordnung stellen den wesentlichen Bezugsrahmen der Bewertung des Verhaltens dar [vgl. Art. 1 Absatz 3]. Die Bewertung des Verhaltens erfolgt auch in der Mittelschule (so wie bereits in der Grundschule) nun in beschreibender Form [vgl. Art. 2 Absatz 5] und ist nicht mehr versetzungsrelevant [Art. 3 Absatz 1 des DPR Nr. 122/2009 wurde aufgehoben].

Der Beschluss der Landesregierung vom 12. Oktober 2009, Nr. 2485, der auf Landesebene Bestimmungen zur Bewertung der Schülerinnen und Schüler in der Unterstufe enthält, wird derzeit an die oben genannten Neuerungen/Grundsätze angepasst und sobald wie möglich der Landesregierung zur Beschlussfassung unterbreitet.

## B) Staatliche Abschlussprüfung der Unterstufe

Ein noch zu erlassendes Ministerialdekret wird die Modalitäten der Gliederung und Durchführung der staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe festlegen [vgl. Art. 8 Absatz 6]. Somit handelt es sich bei der nachfolgenden Erörterung der Bestimmungen um eine erste Übersicht.

- Die Funktion des oder der Vorsitzenden der Prüfungskommission wird von der Schulführungskraft oder bei deren Abwesenheit, Verhinderung oder Amtsführung in einer anderen Schule von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der Schulführungskraft ausgeübt. Auch in den gleichgestellten Schulen üben die jeweiligen Direktorinnen und Direktoren diese Funktion aus (auf Staatsebene: die Koordinatoren der erzieherischen und didaktischen Tätigkeiten) [vgl. Art. 8 Absatz 2]. Aufgrund dieser Neuregelung werden die Vorsitzenden der Prüfungskommissionen nicht mehr vom Schulamtsleiter ernannt und den Prüfungssitzen zugewiesen.
- Auch die Modalitäten für die Berechnung der Gesamtbewertung der staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe haben sich geändert. Die Gesamtbewertung ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel folgender Komponenten:
  - a) Zulassungsnote und
  - b) Prüfungsergebnis (= arithmetisches Mittel der Bewertungen der schriftlichen Prüfungen und des Kolloquiums) [vgl. Art. 8 Absatz 7].

So wie bisher wird die Gesamtbewertung bei Dezimalwerten von 0,5 oder mehr auf die höhere Einheit gerundet [vgl. Art. 8 Absatz 7]. Die Erteilung des Prädikats „mit Auszeichnung“ kann nur dann an jene Schülerinnen und Schüler mit der Gesamtbewertung „zehn“ erteilt werden, wenn dies die Prüfungskommission unter Berücksichtigung der Schullaufbahn in der Mittelschule und der Ergebnisse der einzelnen Teile der Abschlussprüfung einstimmig beschließt [vgl. Art. 8 Absatz 8]. Für die Festlegung der Zulassungsnote enthält die staatliche Bestimmung lediglich den allgemeinen Hinweis, dass diese vom Klassenrat in Zehntelnoten und unter Berücksichtigung der Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler erfolgt [vgl. Art. 6 Absatz 5].

- Die Bestimmungen sehen eine formale „Aufwertung“ der Prüfungskommission zu Lasten der Unterkommissionen vor: Im Unterschied zur bisherigen Regelung ist die Prüfungskommission nicht mehr dafür zuständig, „lediglich“ die von den Unterkommissionen gefassten Beschlüsse zur Bewertung der Schülerinnen und Schüler zu ratifizieren (d.h. den ordnungsgemäßen Ablauf der gesamten Prüfung und die Einhaltung der im Vorfeld beschlossenen Bewertungskriterien zu überprüfen), sondern beschließt selbst – auf Vorschlag der Unterkommission – die Gesamtbewertung [vgl. Art. 8 Absatz 7]. Des Weiteren werden die Prüfungsaufgaben von der Prüfungskommission vorbereitet (und nicht mehr laut Art. 85 des Königlichen Dekrets Nr. 653/1925 vom Vorsitzenden der Prüfungskommission aufgrund eines Dreivorschlages der Fachlehrpersonen bestimmt); diese definiert – so wie bisher – auch die Kriterien für die Korrektur und für die Bewertung [vgl. Art. 8 Absatz 3].



- Zweite Sprache: Art. 24 Absatz 2 des Gv.D. Nr. 62/2017 legt ausdrücklich fest, dass in der Autonomen Provinz Bozen die Kenntnis der Zweiten Sprache bei den staatlichen Abschlussprüfungen der Unterstufe und der Oberschule auch im Rahmen von eigenen schriftlichen Arbeiten überprüft wird. Bei der staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe findet für die Überprüfung der Kenntnis der Zweiten Sprache u.a. auch die Bestimmung laut Art. 8 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 62/2017 Anwendung, wonach die Prüfungskommission die Prüfungsarbeiten ausarbeitet und die Kriterien für deren Korrektur und Bewertung bestimmt. Dies hat zur Folge, dass der Beschluss der Landesregierung vom 5. Juli 2013, Nr. 1064, welcher Kriterien für die Durchführung der Prüfung in Italienisch-Zweite Sprache im Rahmen der staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe an den deutschsprachigen Schulen des Landes enthält, aufgehoben wird. Um den Schulen Orientierung zu bieten, wird das Schulamt zu diesem Bereich noch entsprechende Hinweise erteilen.
- Die gesamtstaatliche Prüfungsarbeit „INVALSI“ ist nicht mehr Teil der staatlichen Abschlussprüfung (dies bedeutet, dass auf Landesebene nunmehr 4 schriftliche Prüfungen, nämlich Deutsch, Zweite Sprache, Mathematik und Englisch vorgesehen sind). Die Teilnahme an den gesamtstaatlichen INVALSI-Lernstandserhebungen für die dritte Klasse der Mittelschule, die bis April des betreffenden Schuljahres abgewickelt werden, ist Voraussetzung für die Zulassung zur staatlichen Abschlussprüfung; auch externe Kandidatinnen und Kandidaten haben an den besagten INVALSI-Lernstandserhebungen teilzunehmen. Für Schülerinnen und Schüler, die aus schwerwiegenden und dokumentierten Gründen (diese Gründe werden vom Klassenrat überprüft/bewertet) nicht an den INVALSI-Lernstandserhebungen teilnehmen können, ist ein Ersatztermin vorgesehen [vgl. Art. 7 Absatz 4]. Weiterführende Informationen in diesem Zusammenhang werden Sie zum gegebenen Zeitpunkt von der Evaluationsstelle erhalten.
- Die Schülerinnen und Schüler mit Anrecht auf Maßnahmen laut Gesetz Nr. 104/1992 nehmen an den INVALSI-Lernstandserhebungen teil. Der Klassenrat kann angemessene Ausgleichs- oder Befreiungsmaßnahmen festlegen. Sollten diese nicht ausreichen, können die Prüfungsarbeiten entsprechend angepasst oder die Befreiung von der Prüfungen festgelegt werden [vgl. Art. 11 Absatz 4].
- Alle Schülerinnen und Schüler mit Anrecht auf Maßnahmen laut Gesetz Nr. 104/1992 erhalten nach Bestehen der Abschlussprüfung (auch auf der Grundlage von differenzierten Prüfungsarbeiten) das Abschlussdiplom der Unterstufe. Im Abschlussdiplom und in den veröffentlichten Ergebnissen sind keine Hinweise über den Prüfungsvorgang oder über die differenzierten Prüfungsarbeiten anzuführen [vgl. Art. 11 Absätze 6, 7 und Art. 15].
- Schülerinnen und Schülern mit einer Funktionsdiagnose laut Gesetz Nr. 104/1992, die zur staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe nicht antreten, erhalten eine Bescheinigung über das Bildungsguthaben. Diese Bescheinigung über das Bildungsguthaben berechtigt zur Einschreibung und zum Besuch jeder weiterführenden Schule der Oberstufe ausschließlich zum Zwecke der Anerkennung von weiteren Bildungsguthaben [vgl. Art. 11 Absatz 8].
- Die Bestimmungen für Schülerinnen und Schüler mit Anrecht auf Maßnahmen laut Gesetz Nr. 170/2010 bleiben unverändert.

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter und Ressortdirektor  
Peter Höllrigl  
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

#### Anlage

DPR vom 13. April 2017, Nr. 62

Kopie des mit folgenden Zertifikaten digital unterzeichneten  
(von der Landesverwaltung gesetzeskonform erstellten und  
verwahrten) elektronischen Originaldokuments, welches aus  
3 Seiten besteht:

Copia cartacea tratta dal documento informatico originale  
costituito da 3 pagine, predisposto e conservato ai sensi  
di legge presso l'Amministrazione provinciale e sottoscritto  
digitalmente con i seguenti certificati di firma:

Name und Nachname / nome e cognome: PETER HOELLRIGL  
Steuernummer / codice fiscale: IT:HLLPTR62B20F132H  
certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2  
Seriennummer / numeri di serie: 46172  
unterzeichnet am / sottoscritto il: 29.08.2017

*Artikel 3 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 12. Dezember 1993, Nr. 39 / articolo 3 comma 2 del decreto legislativo 12 dicembre 1993, n. 39*

Am 29.08.2017 erstellte Ausfertigung

Copia prodotta in data 29.08.2017